



So kommen Ihre Projekte ins Ziel  
trotz UVP-G

**Dr. Tatjana Dworak**  
Rechtsanwältin für Umweltrecht  
E&H Klagenfurt

# Über uns

- **13** Experten für Öffentliches Recht
- **60** Juristinnen & Juristen  
in Wien, Graz und Klagenfurt
- eine der **führenden**  
Wirtschaftsrechtskanzleien  
Österreichs
- **2015 | 2 x** Österreichische Kanzlei  
des Jahres (Chambers Europe &  
JUVE)



# Eisenberger & Herzog | Klagenfurt

Umwelt-  
recht

Energie-  
recht

Bau- und  
Raum-  
ordnungs-  
recht

Naturschutz  
recht

Gewerbe-  
und  
Bergrecht

UVP-  
Verfahren

Beratung  
von  
Gemeinden

Infrastruktur-  
recht

Wasserrecht



---

EISENBERGER ✦ HERZOG

RECHTSANWALTS GMBH

---

## Dr. Tatjana Dworak

Partnerin

Standortleitung Klagenfurt

Rechtsanwältin

Spezialisierung: Umweltrecht

T: +43 463 203 36 4

E: [t.dworak@ehlaw.at](mailto:t.dworak@ehlaw.at)

Eisenberger & Herzog Rechtsanwalts GmbH

Palais Sterneck, Sterneckstraße 19

9020 Klagenfurt am Wörthersee

---


[www.ehlaw.at](http://www.ehlaw.at) | [www.ehlaw.at/blog](http://www.ehlaw.at/blog) | [LinkedIn](#)




- 1 | Allgemeines zur UVP-Pflicht
- 2 | Verfahrensrecht und Neuerungen
- 3 | Aktuelle Rsp des EuGH – Quo vadis?

- 1 | Allgemeines zur UVP-Pflicht
- 2 | Verfahrensrecht und Neuerungen
- 3 | Aktuelle Rsp des EuGH - Quo vadis?

# UVP-Tatbestände im Anhang 1

	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Z 4	<p>a) Thermische Kraftwerke oder andere Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von <b>mindestens 200 MW</b>;</p> <p>b) Anlagen für die Abscheidung von Kohlenstoffdioxidströmen zum Zweck der geologischen Speicherung aus Anlagen gemäß lit. a oder Anlagen mit einer jährlichen Kohlenstoffdioxidabscheidung von insgesamt mindestens 1,5 Millionen t;</p>		<p>c) Thermische Kraftwerke oder andere Feuerungsanlagen in <b>schutzwürdigen Gebieten der Kategorie D</b> mit einer Brennstoffwärmeleistung von <u>mindestens 100 MW</u>.</p> 

GuD-Kraftwerk Mellach  
<http://www.siemens.com/fossilpower/bild/EFP201206056>

	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Z 6		<p>a) Anlagen zur Nutzung von Windenergie mit einer elektrischen Gesamtleistung von <b>mindestens 20 MW</b> oder mit <b>mindestens 20 Konvertern</b> mit einer Nennleistung von mindestens je 0,5 MW</p>	<p>b) Anlagen zur Nutzung von Windenergie <b>in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A</b> mit einer elektrischen Gesamtleistung von <b>mindestens 10 MW</b> oder mit <b>mindestens 10 Konvertern</b> mit einer Nennleistung von mindestens je 0,5 MW</p>  <p><small>www.umweltbundesamt.de</small></p>



	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
Z 46	<p>a) Rodungen auf einer Fläche von <b>mindestens 20 ha</b>;</p> <p>a) <b>Erweiterungen</b> von Rodungen, wenn das Gesamtausmaß der in den letzten zehn Jahren genehmigten Flächen 15) und der beantragten Erweiterung mindestens 20 ha und die zusätzliche Flächeninanspruchnahme mindestens 5 ha beträgt;</p>		<p>c) Erstaufforstungen mit nicht standortgerechten Holzarten <b>in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A</b> auf einer Fläche von mindestens 15 ha;</p> <p>d) <b>Erweiterungen</b> von Erstaufforstungen mit nicht standortgerechten Holzarten <b>in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A</b>, wenn das Gesamtausmaß der in den letzten zehn Jahren genehmigten Flächen und der beantragten Erweiterung mindestens 15 ha und die zusätzliche Flächeninanspruchnahme mindestens 3,5 ha beträgt;</p> <p>e) Rodungen <b>in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A</b> auf einer Fläche von mindestens 10 ha;</p> <p>f) <b>Erweiterungen</b> von Rodungen <b>in schutzwürdigen Gebieten der Kategorie A</b>, wenn das Gesamtausmaß der in den letzten zehn Jahren genehmigten Flächen 15) und der beantragten Erweiterung mindestens 10 ha und die zusätzliche Flächeninanspruchnahme mindestens 2,5 ha beträgt;</p> <p>sofern für Vorhaben dieser Ziffer nicht das Flurverfassungs-Grundsatzgesetz 1951 oder das Grundsatzgesetz 1951 über die Behandlung der Wald- und Weidenutzungsrechte gilt.</p>

# Schutzwürdige Gebiete – Anhang 2

<b>A</b>	<b>besondere Schutzgebiete</b>	<b>Vogelschutz- und FFH-(Fauna-Flora-Habitat)-Gebiete</b> , Bannwälder; als Nationalpark oder durch Verwaltungsakt ausgewiesene, genau abgegrenzte Gebiete im Bereich des Naturschutzes oder durch Verordnung ausgewiesene, gleichartige kleinräumige Schutzgebiete oder ausgewiesene einzigartige Naturgebilde (NSG, LSG, Naturdenkmäler); UNESCO-Welterbestätten
<b>B</b>	<b>Alpinregion</b>	Untergrenze der Alpinregion ist die Grenze des geschlossenen Baumbewuchses, dh der Beginn der Kampfzone des Waldes
<b>C</b>	<b>Wasserschutz- und Wasserschongebiet</b>	
<b>D</b>	<b>IG-L Sanierungsgebiet</b>	VO über belastete Gebiete (Luft), zB Klagenfurt
<b>E</b>	<b>Siedlungsgebiete</b>	Bauland – Wohngebiete, Kinderbetreuungseinrichtungen, Krankenhäuser, Kuranstalten usw

# Schutzwürdige Gebiete & faktische Schutzgebiete

- maßgebender Zeitpunkt – Einleitung des Verfahrens muss ausgewiesen oder in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen sein
- **faktische Vogelschutzgebiete:**
  - Gebiet, das nach Vogelschutz-RL hätte ausgewiesen werden müssen
  - führt zu UVP-Pflicht?!
- FFH-Gebiete **nie** faktische Unterschutzstellung



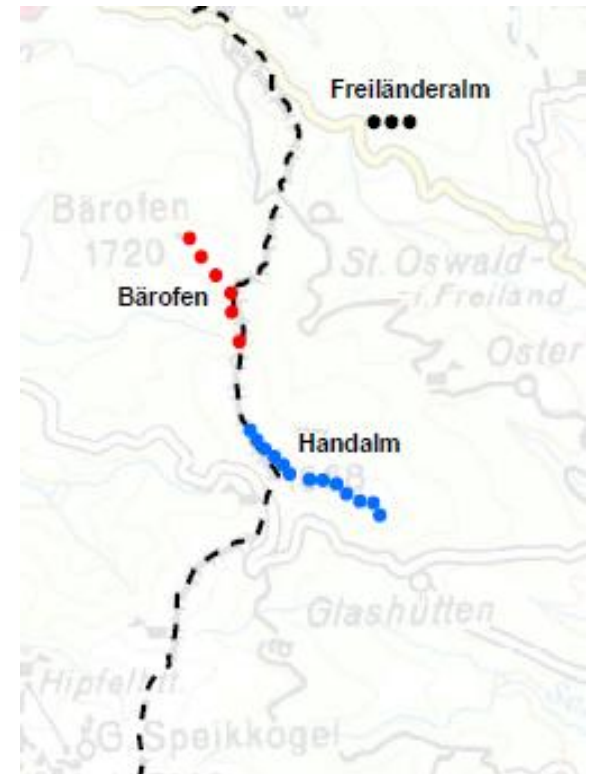
# Das Vorhaben – Definition

- weiter Vorhabensbegriff nach UVP-G
  - **sachlicher Zusammenhang**  
z.B. einheitlicher Betriebszweck, gemeinsam genutzte Anlagenteile, gemeinsame Planung/Vermarktung
  - **räumlicher Zusammenhang**  
Überlagerung der Auswirkungen  
schutzgutbezogen (z.B. Luft, Vögel)  
im Einzelfall zu prüfen



# Kumulierung

- beantragte Vorhaben:  
zumindest **25%** des Schwellenwertes  
(Bagatellschwelle)
- **räumlicher Zusammenhang** mit  
gleichartigen Vorhaben
- gemeinsam  
**Schwellenwertüberschreitung**



- 1 | Allgemeines zur UVP-Pflicht
- 2 | Verfahrensrecht und Neuerungen
- 3 | Aktuelle Rsp des EuGH – Quo vadis?

# Übersicht

---

- **Verfahrensarten**
  - UVP-Verfahren („normales“ oder vereinfachtes)
  - Einzelfallprüfung / Feststellungsverfahren
  - Prüfung im Materienverfahren
- **Parteistellungen?**

# UVP-Verfahren bei jedenfalls UVP-pflichtigen Vorhaben

## Normale UVP

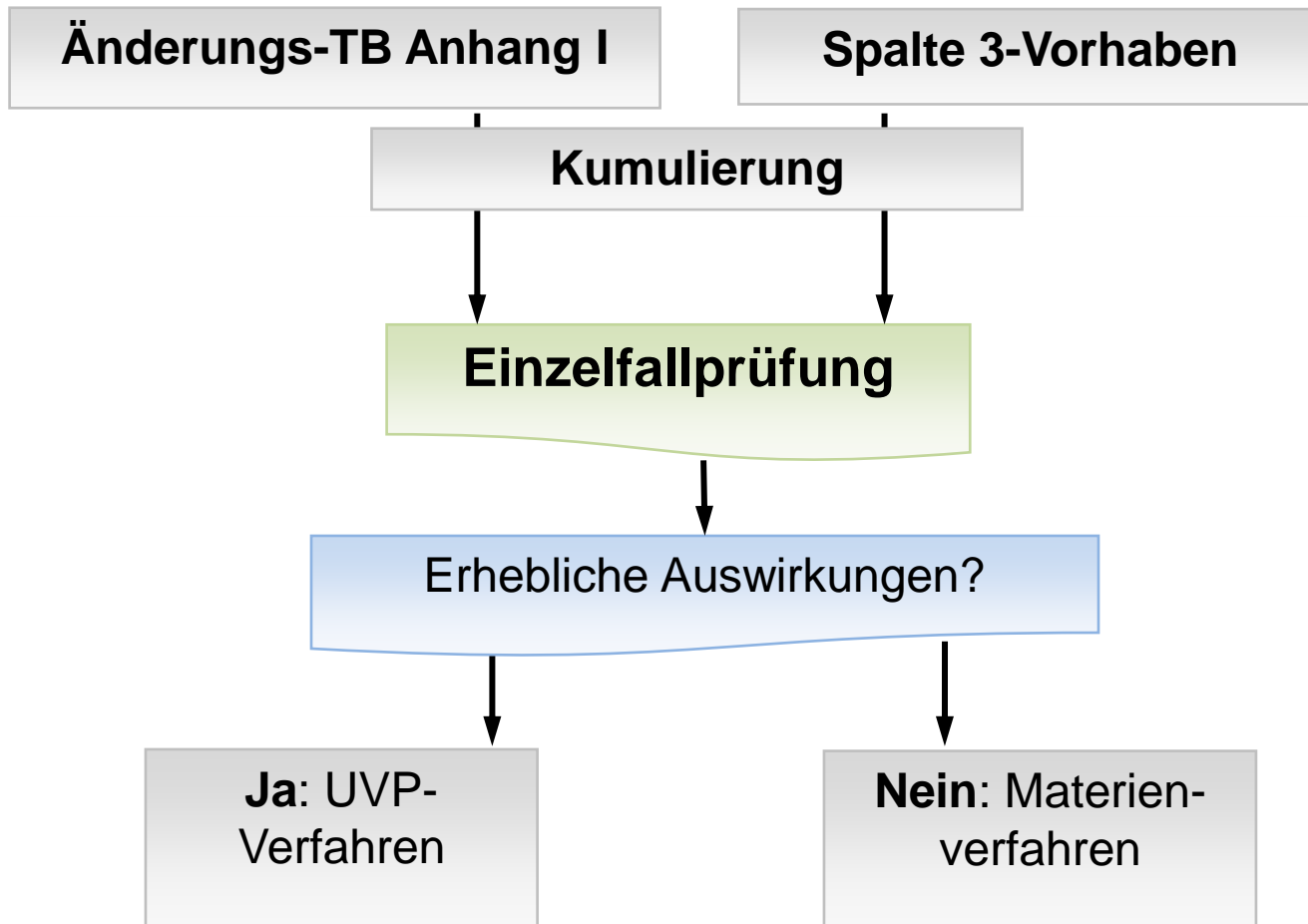
- Spalte 1
- Entscheidungsfrist:  
9 Monate
- Umweltverträglichkeitsgutachten
- Erhöhte Anforderungen an UVE: z.B. Klima- und Energiekonzept

## Vereinfachte UVP

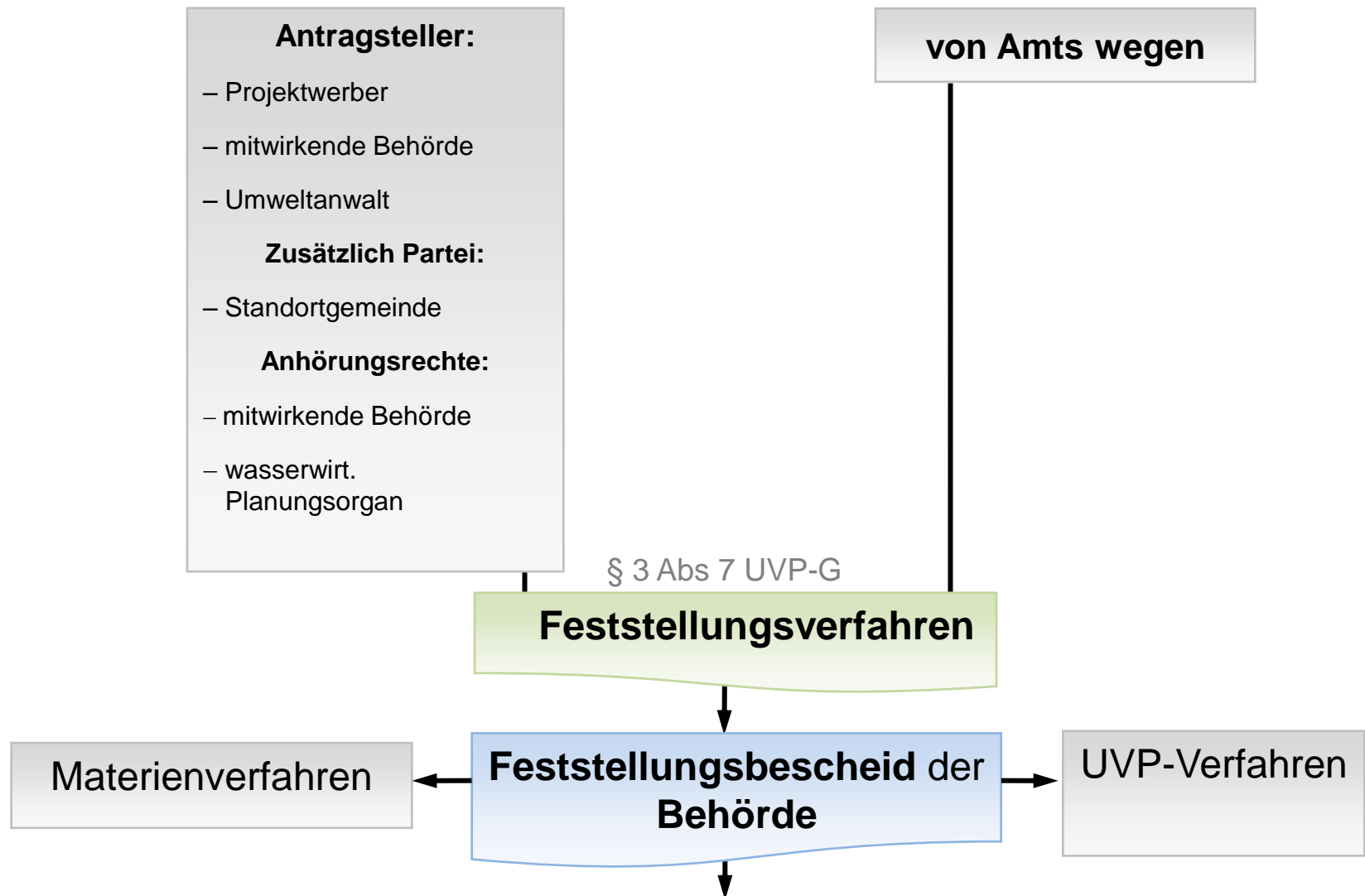
- Spalte 2 und 3
- Entscheidungsfrist:  
6 Monate
- Zusammenfassende Bewertung der Umweltauswirkungen
- Bürgerinitiativen nur „Beteiligte“



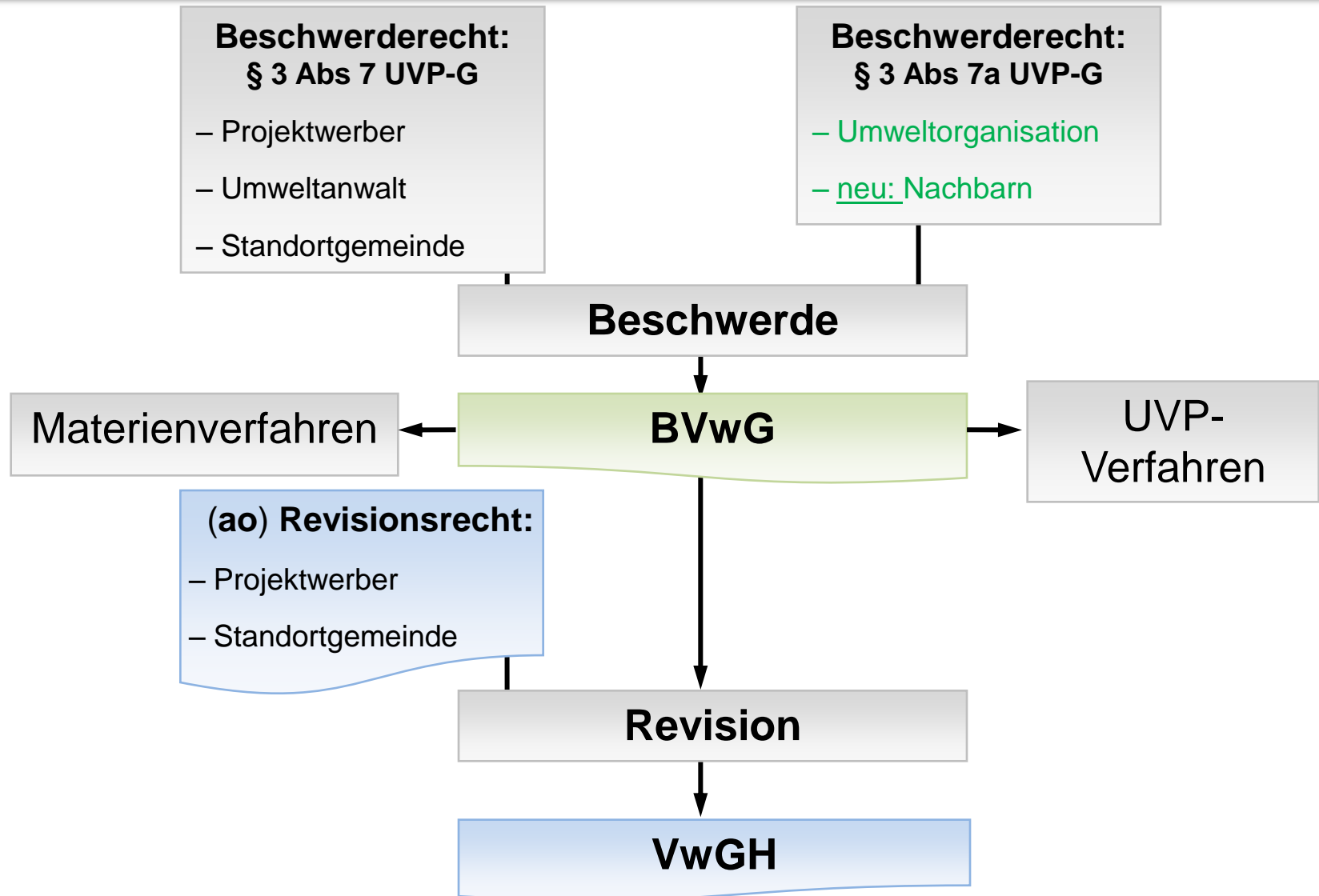
# Einzelfallprüfung



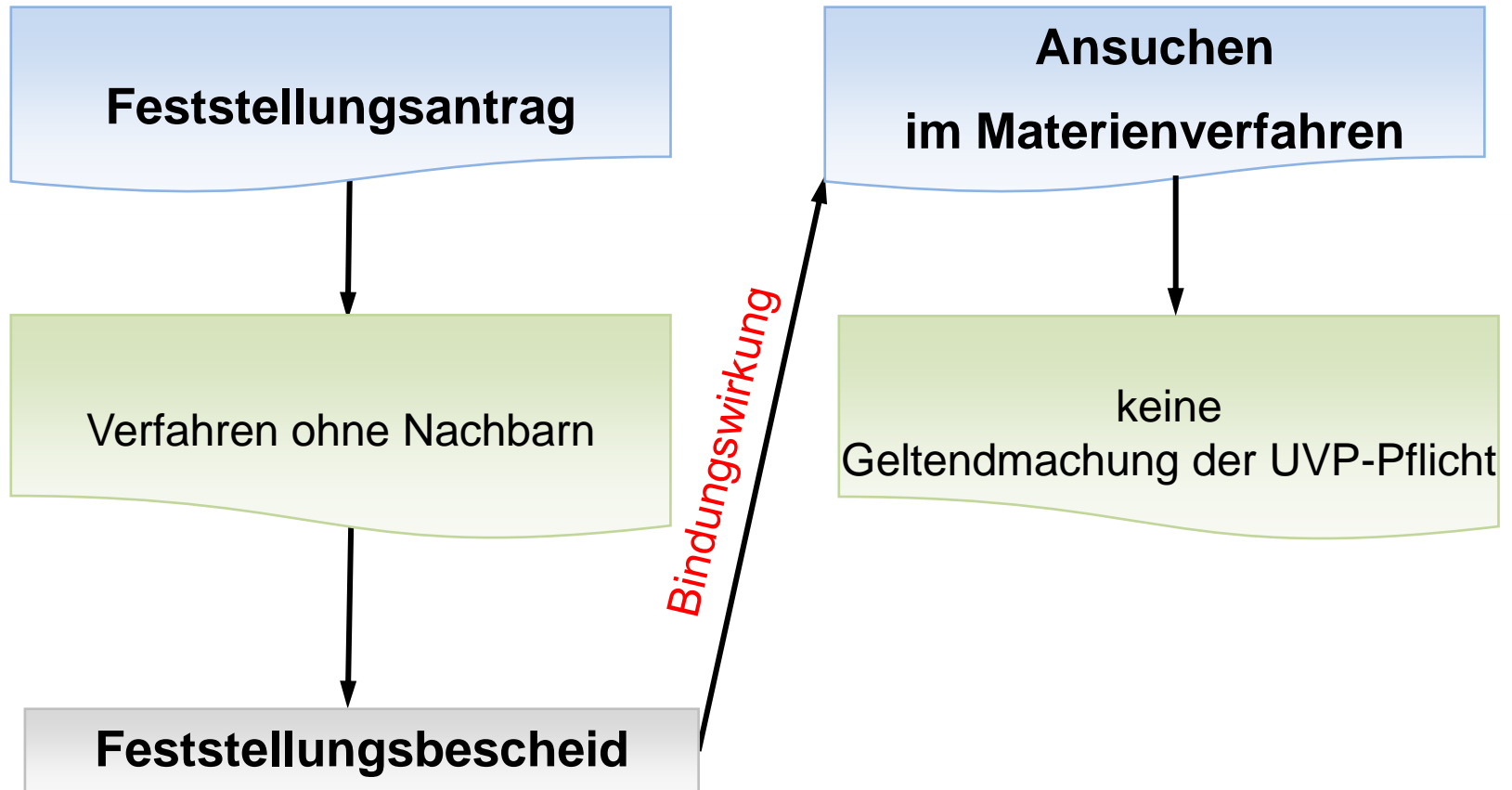
# Feststellungsverfahren bei Zweifel



# Beschwerderechte im Feststellungsverfahren



# Warum Beteiligung der Nachbarn?



# EuGH - Rs Gruber

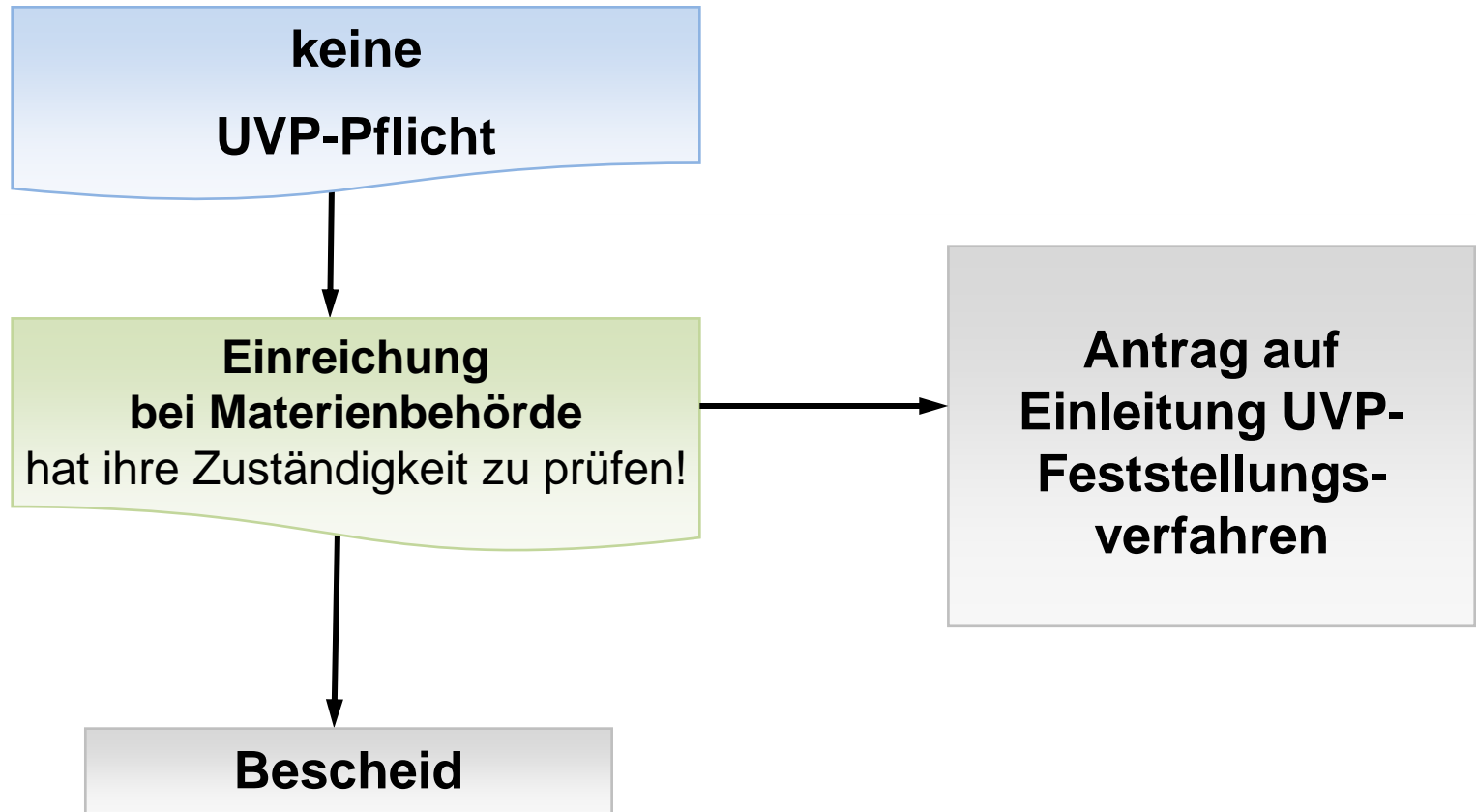
- Nachbar = betroffene Öffentlichkeit iSd UVP-RL (Art 11), muss Zugang zu Überprüfungsverfahren vor Gericht haben
- Voraussetzungen:
  - ausreichendes Interesse
  - Rechtsverletzung, wenn nationales Recht vorsieht
- Konsequenz: Beurteilung der UVP-Pflicht durch LVwG und BVwG, zur Vermeidung Einbeziehung in Feststellungsverfahren
- Achtung: Altfälle (Fortbetriebsrecht)

# Neue Herausforderung bei Beschwerderecht

---

- Beurteilung durch Behörde/BVwG, ob überhaupt Nachbar (Entscheidungsfrist 6 Wochen)
- Nachbarn: Sind Personen, die
  - gefährdet oder belästigt werden könnten,
  - deren dingliche Rechte gefährdet werden könnten,
  - Inhaber von bestimmten Einrichtungen (zB Schule, Krankenhaus).

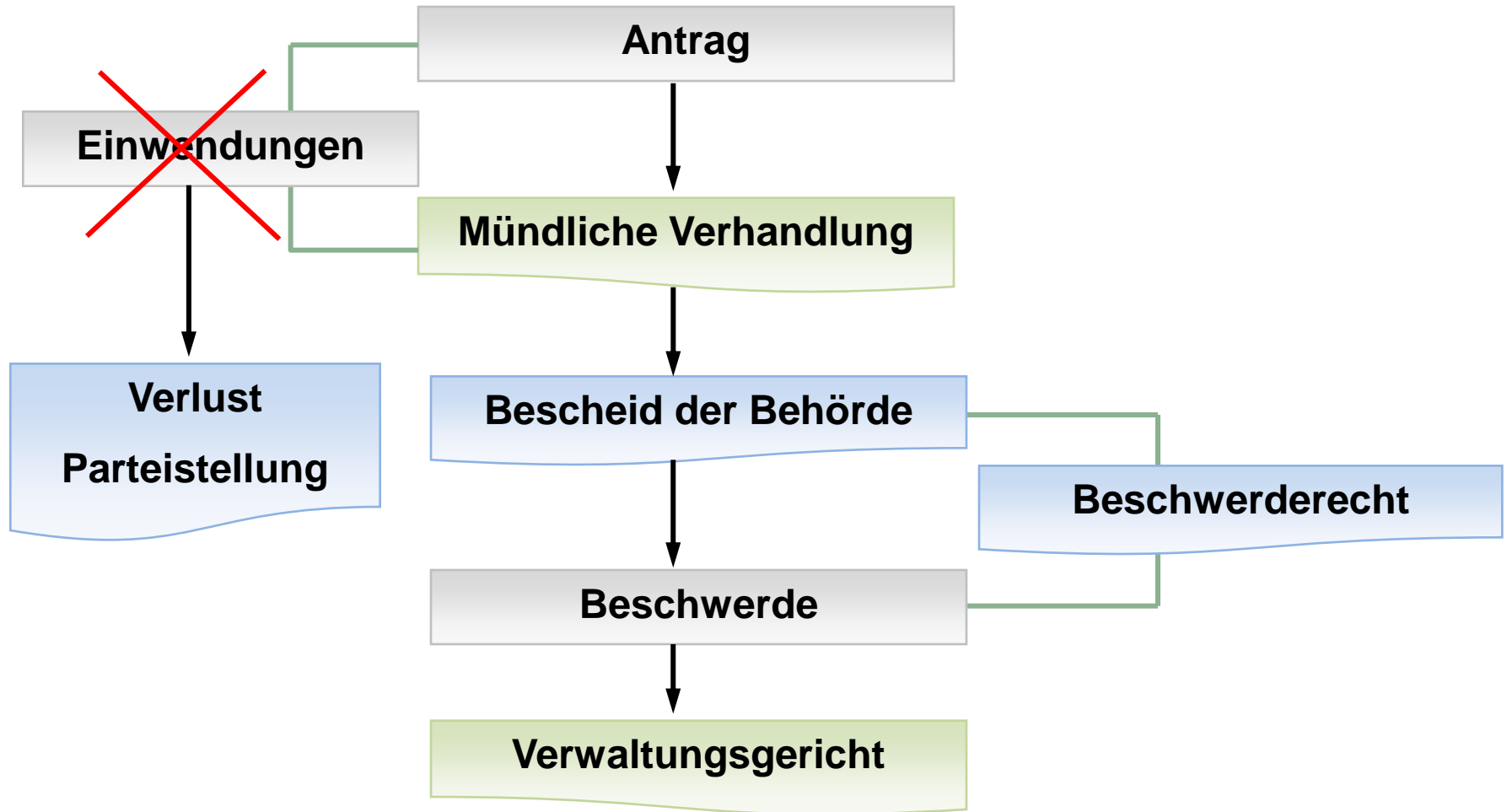
# Prüfung im Materienverfahren



- 1 | Allgemeines zur UVP-Pflicht
- 2 | Verfahrensrecht und Neuerungen
- 3 | Aktuelle Rsp des EuGH – Quo vadis?



# Verfahrensablauf



# Einschränkungen

## „missbräuchliches oder unredliches Vorbringen“

- Gesetzgeber kann Verfahrensvorschriften vorsehen, um Wirksamkeit des Verfahrens sicherzustellen (noch nicht geschehen)
- Auslegung:
  - nationale Rechtsmissbrauchs-Judikatur – zu restriktiv
  - unionsrechtliche Auslegung (Begründungspflicht für verspätetes Vorbringen?)
- „Verschweigen“ im Verwaltungsverfahren unredlich und missbräuchlich?
- Ansonsten: Schadenersatz? Tragung Verfahrenskosten?

# Einschränkungen

---

Urteil schließt nicht aus, dass

- einem gerichtlichen Rechtsbehelf ein verwaltungsbehördliches Überprüfungsverfahren vorausgeht,
- die Verpflichtung besteht, sämtliche verwaltungsbehördlichen Rechtsbehelfe vor gerichtlichem Rechtsbehelf auszuschöpfen

Jedoch dürfen

- die Gründe, die im gerichtlichen Rechtsbehelf geltend gemacht werden, nicht beschränkt werden

# Offene Fragen:

---

- Beginn Beschwerdefrist?
  - Keine Regelung über Zustellung
  - Kenntnisnahme mit Kundmachung im Internet?
  - Kundmachung mit Edikt?
  - Achtung: übergangene Partei

# Offene Fragen:

---

- Was geschieht mit „Altfällen“?
- Zusätzliche „Belastung“ der Verwaltungsgerichte
- Verdoppelung Ermittlungsschritte, Erhöhung Kosten – Kostentragung?, Zeitverzögerung

EISENBERGER ✦ HERZOG

RECHTSANWALTS GMBH

Danke ✦

[www.ehlaw.at](http://www.ehlaw.at)